

Newsletter der MYK-Kreistagsfraktion

FWM 3 / DIE LINKE

Für Sie laut und deutlich zum GKM und zur medizinischen Grundversorgung im Kreistag MYK:

„Ein Krankenhaus ist keine Fabrik, es muss der Daseinsvorsorge dienen und nicht der Profit- und Gewinnmaximierung!“ (2019 Aldemir)

„Durch den Abschluss eines Managementvertrages haben sich die derzeitigen Gesellschafter des GKM mit Unterstützung des zuständigen Ministeriums auf Gedeih und Verderb der Sana-Kliniken AG ausgeliefert, denn diese ist jetzt der uneingeschränkte Herr über alle Daten und Fakten und über deren Interpretation. Die Gesellschafter selbst haben nichts dafür getan, sich unabhängig einen eigenen Überblick über die Situation ihrer Krankenhäuser zu verschaffen und andere Lösungswege zu suchen!“ (2020 Aldemir)



„Wir wollen ein System erschaffen, welches den Patienten hilft, und nicht eins, das sich an Einnahmen und Renditen orientiert!“ (2020 Schönberg)

„Immer mehr Krankenhäuser werden geschlossen und trotzdem hält die Politik – auch im Kreistag Mayen-Koblenz – an der Ökonomisierung des Gesundheitswesens fest. Sie vertrauen blind auf die Lösung Privatisierung (Sana) und trauen sich nicht, prinzipielle Veränderungen im Krankenhaus- und Gesundheitssystem zu erkennen und parteipolitisch anzugehen. Und dies schadet letztlich allen Bürger/innen gerade in einer ländlichen Region wie bei uns.“ (2021 Schönberg)

Liebe Mitbürger/innen,

es sind aufregende Zeiten. Der Krieg in der Ukraine, die Flüchtlinge, explodierenden Energie- u. Lebensmittelpreise im Zuge der Rekordinflation sorgen für große Diskussionen in der Bevölkerung. Aber auch die seit zwei Jahren andauernden Verhandlungen zur Privatisierung des Gemeinschaftsklinikums (GKM) an die Sana AG sowie die Brandaktuelle vorgenommene Kürzung des Weihnachtsgeldes (um 70%) für die 4300 Mitarbeiter durch die Sana-Geschäftsführung sind keine guten Nachrichten für unsere Region. Diese Schikane verurteilen wir ausdrücklich.

Wir möchten mit diesem Newsletter über einen kleinen Teil unserer Kreisarbeit berichten. Mit den Themen Demokratie, Hochwassergefahren und deren Konsequenzen aus der Ahr-Katastrophe, die Ökonomisierung des Gesundheitswesens (z.B. GKM-Verkauf an die Sana AG) und Klimakatastrophe haben wir im Kreistag wichtige Impulse für die Entwicklung des Landkreises gesetzt.

Mit den besten Wünschen für ein gesegnetes Weihnachtsfest und einen guten Start ins neue Jahr grüßen Sie

A. Aldemir und H. Schönberg

Foto: Fraktionsgründung 2019
(von FWM3 / DieLinke)



Das GKM kürzt seinen Mitarbeitern wegen fehlender Liquidität das Weihnachtsgeld um 70 %!

Obwohl das Jahr 2018 noch mit einem Gewinn von 1,9 Mio. € abgeschlossen wurde, war das Unternehmen 12 Monate später im Dezember 2019 zahlungsunfähig. Es war trotz guter Eigenkapitalsituation (ca. 58 Mio. €) kein flüssiges Geld mehr vorhanden. Außerdem gab es ab dem 1. Januar 2020 keine Geschäftsführung mehr.

- Der ärztliche Geschäftsführer war längerfristig erkrankt und hat seine Arbeit auch nie mehr aufgenommen.
- Der hauptverantwortliche kaufmännische Geschäftsführer ist kurzfristig und unter bis heute nicht bekannten Umständen zum 31.12. 2019 ausgeschieden.
- Ein Prokurist schied ebenfalls per Auflösungsvertrag aus.

Die für die Misere Verantwortlichen waren also verschwunden. Sie mussten bis heute weder erklären, wie es zur Zahlungsunfähigkeit kommen konnte, noch wurden sie jemals durch die Gesellschafter des GKM zur Verantwortung gezogen. Das Stellen eines Insolvenzantrages konnte nur verhindert werden, weil die Eigentümer des Gemeinschaftsklinikums - die Stadt Koblenz, der Landkreis Mayen-Koblenz und vier kirchliche Stiftungen (Gesellschafter) - einen Sofortkredit in Höhe von 8,2 Mio. € zur Verfügung stellten.

(weiter nächste Seite)



Gründe für die Geldknappheit des GKM

Das Unternehmen verfügte über einen Kontokorrentrahmen (Überziehungskredit) von 21,8 Mio. €. Das Wesen eines Überziehungskredits ist es, dass dieser durch die laufenden Einnahmen immer wieder ausgeglichen wird und lediglich Zinsen für die Zeit der Inanspruchnahme gezahlt werden müssen. Im Jahr 2019 sind beim GKM die Einnahmen jedoch so stark gesunken, dass dieser laufende Ausgleich nicht mehr möglich war.

Wie kam es zu diesem Rückgang der Einnahmen?

Der Grund hierfür lag eindeutig in der Personalpolitik des damaligen kaufmännischen Direktors. Dieser übernahm die Geschäftsführung im zweiten Halbjahr 2016, nachdem er vorher 12 Jahre lang Geschäftsführer eines katholischen Krankenhauskonzerns in Köln und danach CIO der Asklepios GmbH, des zweitgrößten privaten Krankenhauskonzerns in Deutschland mit mehr als 3,6 Milliarden € Umsatz pro Jahr, gewesen war. Allein im Krankenhaus Mayen ist er für den Weggang von vier Chefärzten in nur 2,5 Jahren verantwortlich. 2017 verließ der Chefarzt der Chirurgischen Abteilung das Haus. 2018 ging der Chefarzt der gynäkologischen Abteilung in den Ruhestand und es fand sich angeblich kein adäquater Nachfolger (Brustzentrum wurde geschlossen). Anfang 2019 verließ der internistische Chefarzt das Haus, weil er keine adäquate Arbeitsmöglichkeit mehr sah. Ebenfalls 2019 wurde dem Kardiologischen Chefarzt fristlos gekündigt. Mit jedem Chefarzt verließen auch Oberärzte, Assistenzärzte, Pflegepersonal und sogar Sekretariatsmitarbeiter das Haus. Weiterhin wurden 2017 und 2018 alle (!) kaufmännischen Leiter der 5 zum Konzern gehörenden Krankenhäuser z. T. mehrfach ausgetauscht. Auch dies geschah oft unter ominösen Umständen und zum Teil von einem Tag auf den anderen. Auch dies hatte zwangsläufig Folgen für die innere Stabilität und damit auch für die Einnahmesituation. Obwohl all dies öffentlich und mit erheblichem negativem Presseecho geschah, sind die Aufsichtsgremien des Unternehmens und/oder die Gesellschafter in den drei Jahren, in denen dieser kaufmännische Direktor sein Unwesen trieb, niemals eingeschritten!

Die erstaunliche Karriere eines gescheiterten Geschäftsführers bei Ameos AG.

Obwohl zu erwarten gewesen wäre, dass die Karriere eines verantwortlichen Managers, der ein gesundes Unternehmen in nur drei Jahren zu Grunde richtet, damit beendet ist, legte der ehemalige kaufmännische Direktor des GKM nach dem von ihm angerichteten Desaster eine Traumkarriere hin. Noch im Januar 2020 wurde er Regionalgeschäftsführer West der Ameos AG (Krankenhauskonzerns mit Sitz in der Schweiz (Jahresumsatz über eine Milliarde € in Deutschland)). Inzwischen ist er im Vorstand und im Handelsregister bei 20 Gesellschaften des Ameos-Konzerns als Geschäftsführer eingetragen. Die Liste ließe sich weiterführen!

Die makellose Karriere vor seiner Tätigkeit beim GKM, aber insbesondere sein rasanter Aufstieg unmittelbar danach lassen es kaum glaubhaft erscheinen, dass er das GKM aus persönlichem Unvermögen und wegen mangelnder Qualifikation in die Zahlungsunfähigkeit geführt hat. Ebenso unverständlich mutet es an, dass die Gesellschafter des GKM nicht eingegriffen haben, um den absehbaren Absturz ihres Unternehmens zu verhindern und dass sie die Verantwortlichen ziehen ließen, ohne sie zur Rechenschaft zu ziehen. **Karl-Heinz Groß**

(Bei weiteren Fragen Kontakt über FWM3)

GKM eine Herausforderung für die Kreispolitik?

Mehrheitlich hat der Kreistag im Juli 2022 beschlossen, die Verhandlungen um den Verkauf vom GKM an die Sana AG fortzuführen. Wir stimmten auch hier dagegen!

Auszug von unserm Redebeitrag im Kreistag

„Der Kreistag ist unter Federführung der Koalition von CDU, Grüne und FDP der Hauptantreiber der Fusion mit der Sana AG. Die Koalitionäre haben bereits am 16.07.2021 ihr Verhandlungsziel öffentlich in den Beschlussvorlagen definiert, nämlich, dass sie den Einstieg der Sana AG als Mehrheitsgesellschafter wünschen. Durch diesen Beschluss haben die Koalitionäre nicht nur versäumt, sondern es bewusst unterlassen, sich um eine Alternative zum Einstieg der Sana-Kliniken AG zu bemühen. Somit liegen und lagen alle Verhandlungsvorteile auf der Seite der Sana AG.

Von Verhandlungen auf Augenhöhe kann gar keine Rede mehr sein. Damals und heute machen die Koalitionäre deutlich, dass sie keine Alternative zu Sana sehen. Gerade durch den Managementvertrag ist die Sana-Kliniken AG der absolute Herr über alle Daten und Fakten bis heute!

Stets hat Sana Zeitdruck aufgebaut! Dieser stetige aufgebaute Zeitdruck, einmal durch die befürchtete Zahlungsunfähigkeit Anfang 2022 und ein anderes Mal durch Auflösung von bereits mündlich zugesagten Verhandlungsergebnissen u. zuletzt die Kündigung des Managementvertrages zum 31.03.2023, zeugen nicht von Verhandlungen auf Augenhöhe, sondern zeigt eher die kalte Schulter eines Investors, der nur renditestark investieren will und für den die Gemeinnützigkeit keinen Sinn macht.

Screenshot
Blick aktuell
Mayen
49/2022 S.31

ren sich die Vorsitzenden Ralf
Bauchmüller und Werner Schäfer
mit dem Landtagsabgeordneten er-
nig. „Wir leben in einem der besten
Gesundheitssysteme der Welt, was
auch so bleiben wird. Aber wir müs-

Leben wir in einem der besten Gesundheitssysteme der Welt?

Lebt die CDU in einer Parallelwelt?



Kommentar zum CDU-Pressebericht in Blickaktuell 49/2022: „Ärztliche Versorgung im ländlichen Raum“

Mehrfach veröffentlichte die regionale CDU einen Bericht zu einer Veranstaltung der Frauen Union und der Senioren Union mit Torsten Welling (MdL) zum Thema „Ärztliche Versorgung im ländlichen Raum“. Gemeinsames Credo: „Wir leben in einem der besten Gesundheitssysteme der Welt, was auch so bleiben wird.“ Da fragt man sich, ob die CDU alle Erfahrungen der letzten Jahre im Gesundheitswesen gerade auch in der Coronazeit - den extremen Mangel an Pflegekräften, das Krankenhaussterben, den fortschreitenden Ärztemangel, die Überforderung vieler älterer Menschen durch die Digitalisierung in der Medizin und die immer größer werdende Kostenexplosion im Gesundheitswesen trotz totaler Ökonomisierung unbewusst oder bewusst ignoriert!

„Pflege ohne Reformen nicht aufrechtzuerhalten“, „Fachkräftemangel im Gesundheitswesen“, „Ambulante Versorgung: Rote Karte für die Sparpolitik“, „Gesetzliche Vorgaben gefährden ambulante Versorgung“ oder „Patienten mit ihren Sorgen und Ängsten sind schlechter gestellt als Kunden im Baumarkt“ sind nur eine kleine Auswahl aus den Artikelüberschriften des Deutschen Ärzteblattes der jüngsten Zeit, die eine völlig andere Gesundheitswelt beschreiben! Auffallend auch im CDU-Artikel, dass konkreter nur die aktuelle (Euphemismus pur!) Unterversorgung in der regionalen Kindermedizin „die CDU“ emotional berührte und der massive Einsatz für mehr Medizinstudienplätze im Landtag propagiert wurde - garniert mit der vorsorglichen Einschränkung, dass sich die Bevölkerung aber auf einen Rückgang des Ärzteangebots einstellen muss. Kein Wort zur Zukunft des Gemeinschaftsklinikums Mittelrhein, kein Wort zur katastrophalen Pflegesituation, zum brutalen Zeit- und Bürokratiendruck auf das ärztliche und pflegerische Personal, zur Erreichbarkeit von Notdiensten und Apotheken außerhalb der Praxis- bzw. Öffnungszeiten, keine Kritik an der chronischen finanziellen Unterfinanzierung des Gesundheitswesens generell und den Fallpauschalen als „Wurzel allen Übels“ im Krankenhausbereich. Allerdings hätten diese Aspekte auch die Frage nach der Gesundheitspolitik der CDU in den letzten Jahrzehnten im Bund und regional im Kreis MYK ausdrücklich gestellt und wohl deren krachendes Scheitern belegt!

Nach 3 Jahrzehnten totaler Ökonomisierung durch neoliberale Gesundheitspolitik - gerade auch der CDU -, die z.B. den Profit und die Rendite in Krankenhäusern – vor allem befeuert durch Privatisierungen - in den Mittelpunkt gestellt hat und trotzdem nicht die Personalkosten kostendeckend finanzieren konnte, steht jetzt eine Reform des ganzen Gesundheitssystem an, damit in Zukunft Patienten menschenwürdig und patientenorientiert (gerade auch im ländlichen Raum) versorgt werden können. Basis dafür ist allerdings zuallererst ein nicht durch seine Arbeitssituation gestresstes und überfordertes Personal (PflegerInnen und Ärzte/innen)! Der akute Ressourcenmangel braucht zunächst kurzfristige Lösungen. Langfristig ist der ansteigende Versorgungsbedarf nur durch eine wirkliche Kostendeckung zu sichern, d.h. Krankenhäuser müssen das Geld erhalten, was sie wirklich für die Pflege und die medizinische Versorgung ausgeben. Das wird aber in vielen Fällen Abschied vom derzeitigen Allheilmittel „Privatisierung im Gesundheitswesen“ bedeuten. Das schwerkranke Gesundheitssystem in Deutschland zu heilen ist die Aufgabe der Stunde. Das Leben in einer Parallelwelt, die auf ein einfaches „Weiter so“ setzt, hilft nicht weiter und zeigt, dass die regionale CDU in diesem Bereich noch lange nicht zukunftsfähig ist.

Michael Helsper (Bei weiteren Fragen Kontakt über FWM3)

„Sind diese Fakten vergessen oder fake news?“

FWM3 / Die Linke: Kinderarztpraxis im Mayener Krankenhaus geschlossen!?

Eltern werden gebeten, die Patientenakten ihrer Kinder abzuholen!

Verfall der medizinischen Versorgung in Mayen geht in die nächste Runde!

Mayen/Koblenz. Dass „Gesundheit kein Geschäft sein darf“, darin ist sich die Fraktion

Pressemitteilung vom 06.02.2022



„Unsere Region hat mehr verdient als eine unter Renditezwang agierende Sana AG“

Wir fordern ernsthafte und intensive Suche nach Alternativen zur Sana AG

Wir berichteten mehrfach über die Lage des Gemeinschaftsklinikums Mittelrhein (GKM) und die zunehmenden negativen Nachrichten und Aussichten, deren Aufklärung nicht im Fokus der CDU, FDP und Grünen im Kreis Mayen-Koblenz steht. Stattdessen wird kommunalpolitisch die Privatisierung mit der Sana AG vorangetrieben und Alternativen viel zu spät angedacht, geschweige denn angesteuert. Final hat die Sana-Geschäftsführung das Fass zum Überlaufen gebracht, indem kurzfristig das Weihnachtsgeld für die über 4.200 Mitarbeiter um 70% reduziert wurde. Allein durch den öffentlichen Druck zahlte dann jetzt doch die Sana-Geschäftsführung des GKM das zuvor gestrichene Weihnachtsgeld an die Mitarbeiter/innen aus. Die geschäftliche Verbindung zwischen dem Kreis Mayen-Koblenz und der Sana AG ist derzeit auf einem Tiefstand angekommen, der „durch die Bank“ nur noch Kopfschütteln und Misstrauen beinhaltet. Fragwürdige Geschäftspraktiken sind offensichtlich bei den über zwei Jahre andauernden Verkaufsverhandlungen zum Markenzeichen der Sana AG geworden und werden endlich auch bei den anderen Kreistagsmitgliedern wahrgenommen.

Vor gut einem Jahr hatte der SPD-Gesundheitsminister (RLP) Clemens Hoch aus Andernach im Interview noch die Meinung vertreten, dass die Privatisierung des Gemeinschaftsklinikums Mittelrhein an den „Gesundheitskonzern“ Sana kein Schreckgespenst sei! Inzwischen dürften auch beim Gesundheitsminister die Alarmglocken läuten, da nun viele fragwürdige Geschäftspraktiken der Sana AG zum Teil offen auf dem Tisch liegen. Diese sind für unsere Fraktion z.T. vollkommen undurchsichtig und in der Summe untragbar!

Die Sana AG war für die Fraktion FWM3/Die Linke noch nie ein Klinikkonzern, der die Übernahme des GKM im Sinne der jetzigen Gemeinnützigkeit weiterführen würde, da der Zwang zur Gewinnmaximierung ausdrücklich propagiert wird. Die Sana AG ist nicht nur renditeorientiert, sie steht sogar unter Renditezwang! Spätestens 5 Jahre nach einer Krankenhausübernahme liegt ihre Zielmarge bei einer Rendite von 15 Prozent! Dies ist für alle Konzernteile nicht nur ein Wunschziel, sondern die Voraussetzung für den weiteren Zufluss von privatem Kapital. Folglich müssen die privaten Klinikkonzerne (hier Sana) extrem wachsen und alles in Gang setzen, um durch eine Übernahme in den „Markt“ der Plankliniken, also Krankenhäuser mit öffentlichem Versorgungsauftrag, einsteigen zu können. Augenscheinlich auch gerne auf dem Rücken der 4200 Mitarbeiter des GKM, wie man jetzt durch die unrechtmäßige Vorenthaltung des Weihnachtsgeldes für alle sichtbar unter Beweis gestellt hat. Es liegt jetzt aber an allen Verantwortungsträger/innen des Landkreises Mayen-Koblenz entschlossen und tatkräftig der Sana AG entgegenzutreten, die Notbremse zu ziehen und Konsequenzen folgen zu lassen. Denn es gibt Alternativen!

Die Bürgerinnen und Bürger in der Region haben das Recht auf eine gemeinnützige, am Menschen orientierte Daseinsvorsorge im Bereich Medizin und Pflege auch in der Zukunft. Sie haben es verdient - nicht verdient hingegen haben sie eine unter extremen Renditezwang agierende Sana AG als Betreiberin des GKM. Gleiches gilt auch für die 4200 Mitarbeiter des Gemeinschaftsklinikums Mittelrhein!

PM vom 11.12.2022 FWM3/DieLinke

Für Sie laut und deutlich zum GKM und zur medizinischen Grundversorgung im Kreistag MYK:

„Die Koalition aus CDU, Bündnis90/Die Grünen und der FDP muss jetzt zeigen, dass sie zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger des Landkreises bereit ist, an der auf nationaler Ebene notwendigen Aufhebung der sinnlosen Wettbewerbsstrukturen im Gesundheitswesen mitzuwirken und zum Wohle der Menschen vor Ort - in der Stadt und auf dem Land - eine staatlich besser als bisher finanzierte, qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung zu sichern bzw. auszubauen.“ (H.G. Schönberg 2019)



Hochwassergefahr – Konsequenzen aus der Ahr-Katastrophe

Im Sommer 2021 wurde das gesamte Ahrtal von einer Hochwasserkatastrophe heimgesucht. Aufgrund des kollektiven Versagens traten der Landrat und Innenminister Lewentz zurück, ein Untersuchungsausschuss sucht nach weiteren Verantwortlichen. Die entscheidende Frage ist aber, was haben wir gelernt und wo gibt es Lösungen?

Hätte man in der Vergangenheit hochwasserkonforme Flächennutzungspläne / Bebauungspläne aufgestellt und diese in Einklang mit Alarmierungspegeln und Katastropheneinsatzplänen gebracht, wäre das menschliche Leid wohl viel geringer ausgefallen.

Was hat man nun aus dieser Tragödie im Land Rheinland-Pfalz gelernt?

Für das Nettetal sind auf Kreisebene (BNA/MYK) sämtliche Pläne vorhanden: Für Standorte von Alarmierungspegeln, für ungesteuerte Rückhalte-möglichkeiten sowie natürliche Rechen, zum Gebäudeschutz liegen diese in den Schubladen. Doch vielfach gibt es vor Ort eher wilden Aktionismus, z.B. wenn in Mayen **Renaturierung mit Hochwasserschutz verwechselt wird**, statt Arbeit an den Ursachen der Wassermassen. Dies erfordert Maßnahmen beispielsweise im Wegebau und bei der Bewirtschaftung von Wald und Flur schon außerhalb der Stadt- bzw. Gemeindegrenzen! Dafür müssten aber die Anrainerkommunen – unabhängig von ihrer eigenen Bedrohungslage – ihre Pläne zum Hochwasserschutz

miteinander abstimmen und die Landesregierung in die Pflicht nehmen, den nahezu perfekten Schutz an den großen Flüssen auch – logistisch und finanziell – in der Fläche zu ermöglichen.

Deshalb tritt die Kreistagsfraktion von FWM3/Die Linke weiterhin dafür ein, dass u.a.

- 1.) das Land in Anlehnung wie bei den Gewässern 1. Ordnung die Planung für alle Gewässer auch auf Kreisebene koordiniert und mit einer 90prozentigen Kostenübernahme garantiert.
- 2.) unabhängig von Renaturierungsmaßnahmen der Hochwasserschutz vorangetrieben wird. Dabei muss die Verantwortung auf die Kreisebene übergehen.
- 3.) die Gemeinden verpflichtet werden, bei sämtlichen Baumaßnahmen (inner- und außerorts) den Hochwasserschutz entsprechend den Förderrichtlinien umzusetzen, ansonsten erlischt jede Art von Förderung.
- 4.) von Amts wegen einer Begehung sämtlicher Privat- und Gewerbeflächen ermöglicht wird, um notwendige Schutzmaßnahmen zu erkennen und spezielle Beratungen durchzuführen. Hierzu müssen die Mitarbeiter der Verwaltungen entsprechend geschult werden

Klaus Hillesheim

(Bei weiteren Fragen Kontakt über FWM3

Für die Fraktion FWM3/Die Linke ist deshalb das Gebot der Stunde:

Der Landkreis ist gefordert, die Rolle als zentraler Koordinator der regionalen Hochwasserschutzkonzepte bewusst anzunehmen und konkrete Schritte zur Neugestaltung bzw. Neuorganisation dieser Aufgabe der Daseinsfürsorge mit dem Land zu vereinbaren. Es gilt nicht zu warten, bis morgen wieder ein Jahrhundert-Regen eintritt. Diese Regenereignisse – klare Vorboten des steten Klimawandels - sind kurz- und mittelfristig nicht zu stoppen, aber den Flutwellen kann Zerstörungskraft genommen und die Menschen müssen rechtzeitig gewarnt werden! Pressemitteilung 10.08.21

Fotos: Privat / Seite 3 Stadt und Feuerwehr Mayen





Kommunalpolitik dient der Zukunftsfähigkeit der Demokratie

Im Kontext der vielbeschworenen Krise der Demokratie ist vor allem das vorherrschende Politikverständnis zu thematisieren, das überwiegend Parteien als Dienstleister und die Bürger als Politikkonsumenten sieht! Demokratie basiert aber stattdessen auf den demokratischen Haltungen und Gewohnheiten der Bürgerinnen und Bürger, sie mutet diesen in der Auseinandersetzung über unser zukünftiges Zusammenleben ausdrücklich etwas zu – das gesellschaftliche Engagement um unsere Zukunft. Eine solche engagierte Bürgerlichkeit ist der Kern einer lebendigen, zukunftsfähigen Demokratie! (FWM3)

Die Kommunen sind der Ort, an dem wir leben und arbeiten, und deshalb der Ort, an dem wir die Bedingungen für unser Leben und unsere Arbeit mitgestalten wollen. Dafür brauchen wir starke Kommunen, in denen die Bürgerinnen und Bürger ihre Interessen artikulieren und solidarisch umsetzen und in denen öffentliche Daseinsvorsorge und soziale Sicherheit auf hohem Niveau gewährleistet werden können.

(Die Linke)

Wie z.B. die Pandemieerfahrungen drastisch zeigen, ist eine reine Parteiendemokratie zunehmend überfordert, Menschen in die politische Willensbildung einzubinden und an Entscheidungsprozessen beratend partizipieren zu lassen. Eine repräsentative Demokratie, eng verstanden als ausschließliche Parteiendemokratie – „Wir sind gewählt und entscheiden deshalb, wie wir wollen!“ –, ignoriert „munter“ zunehmende Wahlabstinz und grass-

ierende Politikverdrossenheit! Deshalb gilt es, dies belegen die Erfahrungen in diversen politischen Konfliktfeldern, die Dominanz der Parteien aufzubrechen und um eine konsultative Dimension durch vielfältige Formen der Bürgerbeteiligung (z.B. Einwohnerversammlungen, Workshops zu einzelnen kommunalen Themen, BürgerInnenräte) zu erweitern und so die repräsentative Demokratie durch direktdemokratische Elemente zu vertiefen! Darüber hinaus repolitisieren solche Partizipationsmöglichkeiten die Bürgerinnen und Bürger produktiv. Sie können dann gemeinwohlorientierte Empfehlungen an Gremien und „Parteien“ adressieren, mit denen diese sich nachweislich intensiv auseinandersetzen müssten. Doch eine solche partizipative Kommunalpolitik für die lokalen und globalen Probleme des 21. Jahrhunderts steckt weitgehend noch in den „Kinderschuhen“!

(FWM3)

Für Sie laut und deutlich zur Demokratie im Kreistag MYK:

Demokratie ist mehr, als alle fünf Jahre seine Stimme abzugeben. Dafür müssen in allen Bereichen mehr Mitbestimmung und Beteiligung geschaffen werden – von der kommunalen bis zur europäischen Ebene ebenso wie im Betrieb und der Wirtschaft. Der Einfluss von Lobbyisten muss zurückgedrängt werden. Lebendige Demokratie lebt von Bewegung auf der Straße, deswegen stellen wir uns gegen jede Einschränkung von Grundrechten und wollen die Sicherheitsbehörden demokratisieren.

„Politische Arbeit soll und muss dem guten Leben aller dienen, statt die Interessen weniger zu vertreten.“

„Unser Wunsch: Aus Wahlbürgern werden Aktivbürger! Denn die Politik braucht eine mündige und aktive Bürgerschaft als Motor der gesellschaftlichen und kommunal-politischen Kommunikation, die immer wieder neu eingefahrene Prozeduren, Sicht- und Handlungsweisen in Frage stellt und so die politischen Institutionen davor bewahrt zu starren Apparaten zu werden.“ (FWM3/DieLinke)



Foto: Panoramaweg Kirchwald mit Blick auf Volkesfeld.

Der Rekord aus dem Sommer 2003 mit 793 Sonnenstunden wurde in diesem Sommer (2022) mit 817 Sonnenstunden übertroffen. Die Folgen: Erneut zu trocken und zu warm! Der Sommer 2022 zählt zu den vier wärmsten seit Beginn der Aufzeichnungen. In Zeiten des Klimawandels müssen wir in den nächsten Jahren mit weiteren Wetterextremen rechnen.

„Wir müssen die Art, was und wie wir produzieren, verändern, und so Alternativen für ein gutes Leben schaffen. Den Klimaschutz können wir nicht dem Markt überlassen.“ (Aziz Aldemir, DieLinke)

Die Welt neu denken – lokal und global

Klimakatastrophe stoppen

Die Auswirkungen des Klimawandels spüren wir schon jetzt: Hitzesommer, schmelzende Gletscher, steigende Meeresspiegel, Wetterextreme. Das bedroht unsere Lebensgrundlage. Die Regierungen reagieren wenig, der wirtschaftliche Profit soll unbegrenzt weitergehen. Doch unbegrenztes Wachstum in dem begrenzten System Erde ist unmöglich!

Klimagerechtigkeit – zu Hause und weltweit

Unter der Klimakatastrophe leiden die Menschen in den weniger reichen Ländern am allermeisten. Die Anpassung an die steigenden Temperaturen ist für Mensch und Natur häufig nicht zu schaffen. Dabei haben die Menschen dort auf die klimazerstörende Politik der reichen Länder fast keinen Einfluss. Auch die deutsche Wirtschaft profitiert oft auf Kosten anderer. Das ist nicht gerecht. Mit konsequentem Klimaschutz gerade auch vor Ort setzen wir dem ein Ende und leisten so auch einen Beitrag zu globaler Gerechtigkeit.

Fairtrade u. Lokale Agenda 2030

Transformation konkret: Der Landkreis Mayen-Koblenz ist seit 2016 Fairtrade Landkreis. Er hat sich hierdurch verpflichtet, den fairen Handel auf kommunaler Ebene zu fördern. Kommunen kommt hierbei eine doppelte Rolle zu: Zum einen haben sie eine Vorbildfunktion bei der eigenen Beschaffung, zum anderen sollen sie Motoren für die Weiterverbreitung der Idee des Fairen Handelns sein. Dies bedeutet Bewusstseins- u. Motivationsarbeit, damit die Bevölkerung die Notwendigkeit eines gerechten Wirtschaftens für das Überleben der Menschheit erkennt und mitträgt! Wir unterstützen ausdrücklich dieses Engagement, treten aber auch für eine Erweiterung dieses Einsatzes durch den Beitritt des Kreises zur Lokalen Agenda 2030 ein, dem kommunalen Teil des Zukunftsvertrages der UNO von 2015. Dieser beschreibt in 17 Zielen die Leitlinien für den - angesichts der Klimakrise, der weltweiten Umweltzerstörung und wachsender sozialer Ungleichheit lokal und global – notwendigen Umbau unserer auf begrenzter fossiler Energie basierenden Gesellschaften.

„Die verpflichtende Orientierung an solchen Leitlinien zukunftsfähiger Entwicklung hilft kommunale Fehlentwicklungen zu erkennen: So ist z.B. der Bau einer Hochgarage (wie in Mayen geplant) absolut kontraproduktiv im Kontext der Ziele der Lokalen Agenda 2030 – denn unsere Mobilität wird sich in den nächsten Jahrzehnten verändern.“

Michael Helsper (Bei weiteren Fragen Kontakt über FWM3)

Fotos: Privat / Seite 3 Stadt und Feuerwehr Mayen

Impressum: Herausgegeben von der Kreistagsfraktion FWM3/DieLinke vertreten durch den Fraktionsvorsitzenden A. Aldemir, Polch
Fraktionsgeschäftsstelle von FWM3/DieLinke:
Lindentraße 20 Mayen, Auflagen
26.000 Exemplare

Aus dem Kreishaus

FWM3/DieLinke

